

## **Offener Brief: Barrierefreiheit betrifft Millionen von Menschen – Einsatz für Barrierefreiheit hilft den Menschen und der Wirtschaft**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

sehr geehrte Damen und Herren Bundesministerinnen und Bundesminister,

in großer Sorge richten der Sozialverband VdK und der Sozialverband Deutschland (SoVD) diesen Appell an die Bundesregierung.

Trotz der Aufnahme der Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes in das 100-Tage-Sofortprogramm wird der Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in der Ressortabstimmung weiter blockiert.

Für Millionen von Menschen ist Barrierefreiheit wichtig, damit die Gestaltung des eigenen Lebens möglich ist. In einer Gesellschaft, in der die Zahl der älteren und dadurch beeinträchtigten Menschen steigt, ist die Barrierefreiheit längst ein Thema, das die gesamte Bevölkerung angeht. 2070 wird der Anteil der Menschen ab 67 Jahren auf etwa 25 Prozent der Gesamtbevölkerung steigen.

Schon heute sind Schätzungen zufolge sieben bis acht Millionen Menschen in der Bundesrepublik in ihrer Mobilität eingeschränkt. Sei es aufgrund von Bewegungseinschränkungen durch chronische Erkrankungen, Behinderungen oder altersbedingten Einschränkungen. 120.000 Menschen sind blind oder hochgradig sehbehindert, circa 80.000 gehörlos. 14 Millionen Menschen in Deutschland sind auf einfache Sprache angewiesen oder würden von ihr profitieren.

Es ist Zeit, dass Deutschland jetzt und nicht erst in 10 Jahren die Weichen dafür stellt, dass sich auch die private Wirtschaft auf die Bedürfnisse all dieser Personen einstellt. Der flächendeckende Abbau von Barrieren nutzt in einer alternden Gesellschaft den Menschen und der Wirtschaft, diese Erkenntnis muss nun handlungsleitend für die Gesetzgebung sein.

Bitte nutzen Sie die geplante gemeinsame Klausurtagung der Spitzen von Union und SPD in der kommenden Woche, um sich über eine zeitnahe Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes zu verständigen. Diese muss eine wirksame Durchsetzung des Rechts auf Barrierefreiheit, zumindest des Rechts auf angemessene Vorkehrungen im Einzelfall, beinhalten. Es ist dringend erforderlich, den Geltungsbereich des Behindertengleichstellungsgesetzes auf private Anbieter von Produkten und Dienstleistungen auszudehnen.

Millionen von Menschen warten schon seit Jahrzehnten auf eine wirksame gesetzliche Regelung, wie sie in inner- und außereuropäischen Ländern teilweise seit Jahrzehnten umgesetzt ist. Das Leben findet nicht in erster Linie in Bundesbehörden statt. Diese Bürgerinnen und Bürger sind selbst Kundinnen und Kunden, Patientinnen und Patienten, Eltern und pflegende Angehörige, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Restaurantbesucherinnen und Restaurantbesucher, Reisende und Menschen, die eigenständig ihren Haushalt führen.

Nicht zuletzt erinnern VdK und SoVD die Bundesregierung an das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in dem steht: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Auch erinnern wir an die Verpflichtungen, die sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention und den zwei Staatenprüfungen Deutschlands vor dem UN-Menschenrechtsausschuss in Genf ergeben.

Als Sozialverbände stehen wir der Bundesregierung gern jederzeit mit unserem großen Erfahrungsschatz aus der Beratung und Vertretung unserer Mitglieder als Gesprächspartner zur Verfügung. Wie wir erfahren haben, gibt es insbesondere im Innen- und Wirtschaftsministerium noch offene Fragen. Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Frau Katherina Reiche, und Bundesminister des Innern, Herr Alexander Dobrindt, können sich jederzeit gern an uns wenden, um wesentliche Punkte zu klären und um Bedenken aus dem Weg zu räumen.

Wir beteiligen uns gerne mit konstruktiven Lösungs- und Umsetzungsvorschlägen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir bitten Sie, in der Regierung dafür zu sorgen, dass die Forderung nach mehr Barrierefreiheit endlich ernst genommen und als wichtiger Schritt für mehr Inklusion und Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger umgesetzt wird.



Verena Bentele

Präsidentin Sozialverband VdK



Michaela Engelmeier

Vorstandsvorsitzende SoVD

Berlin, 22. August 2025